

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. (Postgebühren für Monat Juni 3 Mark ohne Postzusatzgebühren.)
Einzelnummer 10 Pfennig
 Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklamzeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Overtengengebühr 30 Pfg., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druckerschrift: Nachrichten Dresden
 Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
 Nur für Nachgelieferte: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstr. 38/42
 Druck u. Verlag von Viehich & Reichardt in Dresden
 Volksbank-Konto 1058 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Pariser Zweifel an der Seeabrüstung.

Eine Auslassung von offizieller Stelle zum Beginn der Coolidge-Konferenz in Genf.

Zusammentritt der Mandats-Kommission des Völkerbundes. — Das Echo der Sekrede Poincarés in Luneville.

Ein Kampf um die Seeherrschaft der Welt.

Paris, 20. Juni. Zu der heute in Genf beginnenden Seeabrüstungskonferenz schreibt der „Paris Varisien“, daß als die brennendste Frage die der Marinestützpunkte von Singapur und auf den Hawaii-Inseln, und des Panama-Kanals gezwungenmaßen in den privaten Besprechungen der drei Mächte zur Sprache kommen werde, und zwar wegen des starken Drucks der öffentlichen Meinung in Japan, die in den Marinestützpunkten offensive, im Gegensatz zu den Washingtoner Abmachungen stehende Elemente sehe. Die Marineinteressen der drei Mächte seien sehr verschieden, schreibt das offizielle Organ weiter, so daß es sehr schwierig sein werde, eine Übereinkunft zu erzielen. Amerika könne ohne besondere Steuerverhöhungen 100 Millionen Dollars veranschlagen, um den Vorrang der Engländer in letzten Einheiten einzuholen. Hinter dem Kampf um die Haseln stehe die Entscheidung über die Beherrschung der Meere in der Zukunft.

Ob darüber ist man sich auch in den Drazen der Linken klar, die bedauern, daß zum Schiedsrichter nicht der Völkerbund gewählt wurde. (Z. U.)

Die Abrüstung zur See unverrückbar.

Englische Stimmen zur Coolidge-Konferenz.
 London, 20. Juni. Die Morgenblätter betonen in längeren Berichten ihrer Korrespondenten in Genf, Washington und Tokio erneut die Wichtigkeit, die man der Genfer Seeabrüstungskonferenz in England allgemein beizumessen. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ schreibt, daß man in Amerika nicht an einer Verständigung mit Groß-

britannien zweifeln und daß die einzige Frage Japans bleibe. — Der japanische Außenminister äußerte dem „Times“-Korrespondenten gegenüber, die japanische Delegation werde sich von dem Wunsch der Zusammenarbeit mit Großbritannien und Amerika leiten lassen. Wenn die Genfer Konferenz zu einem Übereinkommen gelange, das eine weitere Rüstungssteigerung verhindere, so bedeute das für ein Land mit der geographischen Lage Japans sehr viel. Im „Observer“ meint Garwin, daß der Konferenz gerade nach den Rückschlüssen der Vocarno-Politik besondere Bedeutung zukomme, als ein neuer Versuch, die Friedenssicherungen zu festigen. Ebenjowenig wie die Rheinlandfrage lasse sich die Abrüstungsfrage immer wieder verschieben. (Z. U.)

Die Eröffnung der Drei-Mächte-Konferenz.

Genf, 20. Juni. Die Seeabrüstungskonferenz der drei Mächte England, Japan und Amerika wird heute nachmittags 3 Uhr im Völkerbundsekretariat eröffnet werden. — Der amerikanische Delegierte Wilson veranlaßte gestern abend einen allgemeinen Empfang für die Mitglieder der drei Delegationen.

In der heutigen Eröffnungssitzung wird das Arbeitsprogramm festgelegt und der Präsident der Konferenz gewählt werden. Wahrscheinlich wird der amerikanische Delegierte Wilson die Leitung der Konferenzarbeiten übernehmen. An der Eröffnungssitzung werden ferner die drei Delegationen programmatische Erklärungen über die gegenwärtige Lage und die Richtlinien des anzustrebenden Einigungsprogrammes abgeben.

Die Begründung des Urteils gegen Kowerda

Warschau, 20. Juni. Zur Begründung des Urteils des Standgerichts gegen den Mörder Wolkoff, Kowerda, warum keine Verurteilung zum Tode erfolgte, wird angeführt, daß der Schutz der öffentlichen Sicherheit dies nicht verlangte. Einerseits seien als mildernde Umstände die Jugend des Angeklagten sowie seine moralischen Qualitäten angesehen worden. K. K. Kowem Guntke habe auch sein tiefer Patriotismus und sein von Herzen kommendes Gefühl für die Leiden seiner Landsleute gesprochen. Andererseits betont die Begründung am Nachteil des Angeklagten, daß er als Russe das Recht mißbrauchte, auf polnischem Boden einen Mord an einem fremden Befandten begangen habe unter Schädigung des moralischen Ansehens und der politischen Interessen Polens.

Keine neue russische Note an Polen.

London, 20. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weiß zu berichten, daß Moskau trotz der fortgesetzten Angriffe der Sowjetpresse auf Polen darauf verzichtet habe, noch eine neue Note an Warschau zu richten. Die polnische Antwort sei auf Litwinow, der den Wunsch habe, Tischlerin von seinem Polen als Außenminister zu verdrängen, nicht ohne Eindruck geblieben. Litwinow lege anscheinend Wert darauf, in freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu treten.

Moskau rüstet weiter.

Riga, 20. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß in Regierungskreisen die Frage der Auflegung einer neuen Verleihungsanleihe im Betrag von 100 Millionen Rubel zum Ausbau der Roten Flotte und Armee erwogen werde. Die Anleihe soll auf 35 Jahre bei industriellen Unternehmungen und zwanngsweise bei Privatkäufern untergebracht werden.

Bestätigung weiterer Todesurteile.

Riga, 20. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Kriegsgericht die Todesurteile gegen den früheren Obersten der zaristischen Armee Ramajew und zwei weitere zaristische Offiziere, die im englischen Geheimdienst in Russland beschäftigt sein sollen, bestätigt. — Ramajew soll Attentate auf Rykow und Boroschilow geplant haben.

Das Deutsche Turnfest in Kattowik verboten.

Kattowik, 20. Juni. Das für den 28. Juni sowie für den 2. und 3. Juli geplante große deutsche Turnfest ist von der Polizeidirektion verboten worden. In der Begründung heißt es u. a., daß Leben und Gesundheit der Teilnehmer der geplanten Veranstaltungen gefährdet sind und deshalb die Polizeidirektion mit Rücksicht auf Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit die Veranstaltung sowie alle mit ihr verbundenen Festlichkeiten verbietet.

Eine Neuyorker Stimme für Rheinlandräumung.

Newyork, 20. Juni. (Z. U.) Die „New York Times“ schreibt, die Genfer Vorgänge hätten den Beweis erbracht, daß Deutschland bei der Lösung der europäischen Fragen unentbehrlich geworden und mehr als andere Staaten in der Lage sei, auf Moskau mächtig einzuwirken. Stresemann könne wirklich die Rolle Wismars übernehmen zu wollen. Deutschland werde, so erklärt das Blatt weiter, die sofortige Rheinlandräumung verlangen. Es würde kein großes Mißo sein, wenn man der sofortigen Räumung des besetzten Gebietes zustimme. Deutschland habe bestimmt ein moralisches Recht darauf, selbst wenn man das legale Recht bestreiten wollte. Deutschland habe den Vocarno-Abmachungen zugestimmt und sei Mitglied des Völkerbundes. Warum solle man dem Reiche also nicht bei der Befreiung seines Territoriums helfen und mit ihm zusammenarbeiten, um der Befreiung Russlands vom kommunistischen Joch die Wege zu ebnen? Früher oder später müsse Deutschland doch als Herr im eigenen Hause anerkannt werden.

Stresemann spricht am Donnerstag im Reichstage.

Berlin, 20. Juni. Nachdem die deutsche Delegation heute vormittag aus Genf zurückgekehrt ist, wird, wie bereits angekündigt, Reichsaussenminister Dr. Stresemann dem Kabinett über die Genfer Tagung und über seine Genfer Besprechungen mit den Außenministern der anderen Länder Bericht erstatten. An der Sitzung des Reichskabinetts, die auf 4 Uhr nachmittags angelegt ist, wird Reichspräsident v. Hindenburg den Vorsitz führen.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, dahingehend, ob der Reichsaussenminister bereit sei, dem Reichstag über die Ergebnisse der letzten Tagung des Völkerbundsrates und die in Genf gepflogenen Verhandlungen der Außenminister alsbald Auskunft zu erteilen. — Gleichzeitig haben die Kommunisten

Lauter Wiederhall der Sekrede Poincarés.

Uebergriffe Poincarés auf Briands Gebiet.

Paris, 20. Juni. Die gestrige Rede Poincarés in Luneville erweckt naturgemäß in allen Parteilagern lebhaftes Echo. Während die Rechte den Ausführungen Poincarés selbstverständlich rückhaltlos Anerkennung zollt, bedeutet die Linke die Erklärungen Poincarés und befürchtet, daß sie nicht nur die deutsch-französische Annäherung erschweren werden, sondern auch geeignet seien, das Vertrauen des Auslandes gegenüber der französischen Außenpolitik infolge der zunehmenden Einflüsse Poincarés auf die auswärtigen Angelegenheiten zu heigern.

Das Blatt „Callaux“, die „Volonté“, schreibt wenn man die Worte Poincarés lese, so glaube man sich plötzlich drei Jahre zurückversetzt. Poincaré klinge Deutschland bösen Willens an und poche auf die Rechte Frankreichs aus dem Versailles Vertrag, als ob der Eintritt des Reiches in den Völkerbund, der Vocarnovertrag und die Anwesenheit Briands in Dual Dray keine Tatsachen, sondern Traumgebilde seien. Poincarés Uebergriffe auf das Arbeitsgebiet Briands steigerten sich fortgesetzt. Unter diesen Umständen wäre es wünschenswert, daß man in Frankreich keine neuen Riederdenkmäler mehr errichte.

Das sozialistische „Oeuvre“ ist von der Poincaré-Rede keineswegs überaus begeistert. Alles, was der Ministerpräsident gestern sagte, habe er bereits wiederholt erklärt. Neu sei nur die Stelle, die von dem Interesse Frankreichs spricht, mit seinen Nachbarn wieder gute Beziehungen aufnehmen zu wollen. — Auf diese Stelle der Rede geht auch die „Volonté“ ein. Das Blatt meint: Vor drei Jahren hätte Poincaré sicherlich noch keinen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und dem kaiserlichen Regime gemacht. Vor drei Jahren wäre Poincaré auch nicht auf das Thema der deutsch-französischen Annäherung eingegangen. Das alles wolle aber nicht besagen angesichts der Bestrebungen des französischen Ministerpräsidenten, die Kriegsschuldfrage wieder aufzurollen, in der Frage des Dawes-Planes gegen Deutschland Mißtrauen zu säen und Deutschland der Verletzung der Militärklauseln des Versailles Vertrages zu beschuldigen. — An letzterer Frage steht Poincaré in starkem Gegensatz zu Briand.

Das Blatt „Mitteland“, „Avenir“, steht in der Rede eine offizielle Bekräftigung dafür, daß die Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland bisher kein Ergebnis gezeitigt habe. — Die royalistische „Action Française“ behauptet die Rede als eine Inventar-Aufnahme der deutschen Verfehlungen. — „Victoire“ spricht von einigen Vorwürfen, die Poincaré an die deutsche Adresse richtete, und zwar in Anbetracht der Tatsache, die man schon zu vergessen gedacht. — „Figaro“ meint, die Ausführungen Poincarés hätten nach der Vertagung gewisser wichtiger Fragen in Genf die wahre Lage der europäischen Politik zu erkennen gegeben.

Zusammentritt der Mandats-Kommission.

Um die Einräumung eines Sitzes an Deutschland.
 Genf, 20. Juni. Die ständige Mandatskommission des Völkerbundes trat heute vormittag zu ihrer ordentlichen Tagung unter Vorsitz des italienischen Marquis Teodoro zusammen. Zu Beginn der Sitzung legte der Präsident der Kommission ein Schreiben des Generalsekretärs des

Völkerbundes vor, in dem dieser die Mitteilung macht, daß der Völkerbundsrat in seiner Junitagung die Einräumung eines ständigen Sitzes an Deutschland in der Mandatskommission erwogen habe. Der Völkerbundsrat habe jedoch beschlossen, vor einer endgültigen Entscheidung hierüber die Stellungnahme der Mandatskommission anzuhören. In dem Schreiben wird sodann die Mandatskommission gebeten, auf ihrer gegenwärtigen Tagung zu der Einräumung eines Sitzes an Deutschland Stellung zu nehmen.

Der Antrag des Rates wurde auf die Tagesordnung der Mandatskommission gesetzt. Hierbei betonte jedoch der Genfer Universitätsrektor Rappard, daß die Mitglieder der Mandatskommission nicht Vertreter ihrer Regierungen seien, sondern der Kommission ausschließlich in der Eigenschaft als Sachverständige angehörten. In der Öffentlichkeit sei vielfach der falsche Eindruck entstanden, daß die deutsche Regierung nunmehr einen Vertreter in die Kommission entsenden werde. Dies entspräche jedoch nicht den Statuten der Mandatskommission, deren Mitglieder an seine Instruktionen der Regierungen gebunden seien und lediglich als Sachverständige und nicht als politische Vertreter die Berichte der Mandatsmächte zu prüfen hätten.

Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, in den weiteren Verhandlungen auch die Kompetenzen der Kommission zu erörtern. Hierzu liegt ein Schreiben der englischen Regierung vor, in dem eine genaue Begrenzung der Kompetenzen der Mandatskommission gefordert wird. — Ferner wird eine Prüfung der Souveränitätsrechte der Mandatsmächte in den Mandatsgebieten verlangt. Die Kommission wird sich weiter mit den Berichten der Mandatsmächte über die Verwaltung ihrer Mandatsgebiete zu befassen haben.

Der Leiter der Mandatsabteilung des Völkerbundsekretariats legte sodann den üblichen Vierteljahrsbericht über die Tätigkeit der Abteilung vor. Der Bericht enthält lediglich eine allgemeine Uebersicht über die laufenden verwaltungstechnischen Angelegenheiten.

London, 20. Juni. Ein französischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Genf: Es wird nicht daran zweifelt, daß das deutsche Ersuchen um einen Sitz in der Mandatskommission im Dezember erfüllt werden wird, da Chamberlain am Donnerstag in einer nicht öffentlichen Sitzung des Rates erklärte, er hoffe, die Mandatskommission werde die Zulassung des deutschen Delegierten billigen. Da bekannt war, daß die britischen Dominien gegen eine solche Maßnahme waren, herrichte Ueberraschung über die Pöblichkeit dieses Erklärtes.

Ueber die Besprechungen zwischen Chamberlain und Dr. Stresemann berichtet der Korrespondent, der englische Außenminister habe Dr. Stresemann darauf hingewiesen, daß gerade er die Maßnahme habe, die Sowjetregierung zur Rüstung zu ermahnen, nachdem England die diplomatischen Beziehungen mit Russland abgebrochen habe, Italien in Moskau mißtrauisch beobachtet werde und der belgische Außenminister als Sozialist und Verräter gelte. — Frankreich sei merkwürdigerweise von Chamberlain nicht erwähnt worden.